Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatl. M. 5000 und Bestellgebühren; Ausland M. 15000 mit Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleitung, Geschäftsstelle, Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher 17680—17692; ferner und in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 34 mm br. mm-Zeile M. 175, ausw. Inserent. M. 300. Sonderpreise: Familienanz. d. Pfld. mm-Zeile M. 50, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb. mm-Zeile M. 85, Stellengef. mm-Zeile M. 70, amtl. Bekanntm. Doppelmm-Zeile M. 350, i. ausw. M. 600, Reklame mm-Zeile M. 850, i. ausw. M. 1350. Auslandsanz. m. Valutazuschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindl. Erfüllungsort Leipzig. Postscheckk. Leipz. 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 132 — Einzelnummer 350 Mark — Mittwoch, den 6. Juni 1923 — Fern-Ausgabe — 117. Jahrg.

Zerschlagene Scheiben

A. V. Leipzig, 5. Juni.

Vor vier Jahren veranstaltete der Leipziger Bürgerausschuß im Kaufhaus eine große Versammlung, in der die Forderung erhoben wurde, die Einwohnerschaft möge dem Ernst der Zeit durch möglichste Selbstbeschränkung in ihrer Lebenshaltung, vor allem nach außen hin, gerecht zu werden suchen. Denn einmal war jeder Prunk ein Hohn auf die Zeit, und dann mußten dadurch jene Kräfte angestachelt werden, die in einer Nivellierung des gesamten Gesellschaftskomplexes, wie der Sowjet-Kommunismus sie darstellt, den Ausweg zu sehen meinen.

Damals ging es uns sehr schlecht, weil „alles zehnmal so teuer" geworden war wie vor dem Kriege. Einige Leute allerdings labten sich in einem umgekehrten Verhältnis: es floß ihnen zehnfach zu aus allen möglichen Quellen. Das Betrübliche aber war nicht nur diese ungerechte Verteilung des Volkseinkommens; ihren Ausdruck erhielt sie in der primitiven Art, in der die neuen Reichen die Expansionskraft ihrer Mittel wahrnahmen: in dem bequemen Wohlleben, in dem offensichtlichen Jagen nach Genüssen, in der rücksichtslos zur Schau getragenen Sicherheit der Lebenshaltung gegenüber der großen Masse der Volksgenossen, die kaum das Existenzminimum hatten oder immer mehr verarmten. Schon damals gab es viel zerschlagene Fensterscheiben.

Es gibt zwei Gründe, um derentwillen Menschen es den unschuldigen Fensterscheiben antun. Wer nicht viel mit dem Hirn zu arbeiten gewöhnt ist, so daß er auch — wenn sie kommen — Gedanken der Unlust erst einmal durch diesen höchst nützlichen Seier gehen lassen könnte, dem gehen diese Gedanken nur zu leicht in die weit mehr geübte Muskelkraft der Arme, die sie dann wieder — und zwar in Form von Steinen oder Marmortischen — in der Richtung der Fensterscheiben schleudert.

Vornehmer im Anzug aber und zurückhaltender in der Durchführung sind die Herrschaften, die in weichen Klubsesseln sitzen oder vor Denkmälern hinreißende Reden halten, mit denen sie einem ganzen Volke, das mühsam um den Wiederaufbau ringt, die kaum eingesetzten Fensterscheiben einwerfen. Von Frankreich werden — genau wie vor vier Jahren — nunmehr tagtäglich Steine in unser Haus geworfen, so daß es kein Wunder ist, wenn wir nicht weiterkommen. Dieser Stillstand aber bedeutet nach Innen Verlängerung, Vergrößerung der Misere und regt wiederum die Schwungkraft derjenigen an, denen die Schwäche der Papiermark jede Minute in das immer blasser werdende Gesicht grinst.

Nun ist aber der Grad der Zufriedenheit, den die Menschen beim Einschlagen von Scheiben haben, verschieden. Herr Poincaré, der nun einmal glaubt, es könne Frankreich nur neben der Ruine Deutschland gut gehen, kann immerhin lachen. Wer aber die Fenster des Hauses einschlägt, in dem er selber wohnen muß, der wird doch wohl bald zur Besinnung kommen. Es ist das Unglück Deutschlands, daß sehr bedeutende Massen seiner Bürger immer noch nicht einsehen wollen, daß es ihr eigenes Haus ist, auf das sie loswüsten. Die Radikalen auf beiden Seiten wetteifern schier darum, wer die meisten Scheiben zerschlagen könne. Und dabei meint noch jede Partei, sie tue dem deutschen Hause einen Gefallen, da sie ja nur Heilsbotschaften durch die geschlossenen Fenster werfen. Inzwischen wird es im deutschen Hause immer zugiger und unwohnlicher. Je verworrener die Verhältnisse werden, um so mehr fließen auch von links und rechts die Kreise ineinander, die die Scheiben einschlagen.

Es ist aber nicht nur die große Politik, die solchem Treiben entgegentreten kann. Wie es überhaupt eine grundfalsche Einstellung zu den politischen Dingen widerspiegelt, wenn der einzelne Bürger meint, die Regierung müsse alles allein machen, er selber brauche sich nicht zu bemühen und auch nichts anzuregen, so zeigt sich gerade bei solchen Gelegenheiten, daß sich weite Kreise noch viel zu wenig bewußt sind, daß auch sie — jeder einzelne — Zelle im Ganzen sind. Hüte sich jede Einzelzelle vor Fäulnis! In einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum und der freien Verfügung beruht, bedarf es um so mehr des Verantwortungsgefühls. Der verantwortungsbewußte Bürger fängt aber erst dort an, wo das Individuum sich gewisser Rechte, die ihm nach der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur zweifellos zustehen, freiwillig begibt. Ein „Recht" im Sinne des Herkommens war während des Krieges auch das Offizierskasino. Trotzdem sagen gute Beobachter, wir hätten den Krieg zum Teil mit durch das Kasino verloren. Der Besitz eines Automobils ist unbestreitbar ein „Recht". Wir wissen ja allerdings nicht, ob es den Genuß des Kaffeetrinkens erhöht, wenn man vor dem Bestibül 250 Millionen auf Gummireifen seiner harren weiß. Die Deutschen rühmen heute noch die Königin Luise, die in der Not des Vaterlandes nur ein Kornblumen-Diadem trug. Die Not ist heute auch da. Wo aber sieht man heute je Kornblumen als Schmuck der Bescheidenheit?

Es heißt nicht, die üblen Subjekte, die die Scheiben einschlugen, verteidigen, wenn wir alle uns ein wenig darauf besinnen, was wir selber zu tun, zu unterlassen haben, damit üble Lust keine Anstachelung erfasse.

Kein proletarischer Sicherheitsdienst

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat die Leitung der Leipziger Polizei Grund zu der Befürchtung, daß bei weiteren Wiederholungen von Demonstrationen es den Führern der Arbeitslosen nicht mehr gelingen wird, die Menge im Schach zu halten, da nachweislich „eine große Menge lichtscheuer Elemente", die mit den Erwerbslosen nichts zu tun haben, sich den Umzügen anschließt. Aus diesem Grunde erwägt die Polizei, mit schärferen Mitteln vorzugehen und eventuell Haupträdelsführer festzunehmen. Welche passive Rolle den Polizeibeamten zugemutet wird, ergibt der amtliche Bericht, der nachträglich noch über die Vorgänge am Montag abend beim Präsidium herausgegeben worden ist. Darin heißt es:

„Die Demonstranten hatten schon in den Abendstunden die Forderung gestellt, die Polizei solle sich zurückziehen. In der 10. Stunde sprach eine aus den Kommunisten Teuscher, Henke und Schubert bestehende Kommission bei dem Polizeipräsidenten vor und verlangte erstens, daß die Polizei sofort von der Straße zurückgezogen werden solle, weil sie die Arbeiterschaft reize; zweitens solle der proletarische Sicherheitsdienst aufgerufen und ihm die Wahrung der öffentlichen Ordnung übertragen werden. Zu diesem Zwecke solle der Polizeipräsident sofort eine gemeinschaftliche Aussprache mit dem Gewerkschaftskartell und den Parteileitungen der VSPD. und der KPD. herbeiführen. Die Forderungen der Kommunisten wurden von dem Polizeipräsidenten mit der Erklärung abgelehnt, daß es Aufgabe der Polizei sei, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und daß die Polizei mit allen Kräften dieses Ziel zu erreichen suchen werde. Es könne keine Rede davon sein, daß die Polizei provoziere. Die Kommunisten wurden aufgefordert, ihren Einfluß auf die Erwerbslosen geltend zu machen, damit diese die Straßen räumten. Der faschistischen Gefahr, von der die Kommission sprach, würde die Polizei selbst Herr werden.

Das Polizeipräsidium muß es auf das lebhafteste bedauern, daß ihr die Arbeit durch die zahllosen Neugierigen aus allen Teilen der Bevölkerung so außerordentlich schwer gemacht wird. Es hat sich am Montag gezeigt, daß das Publikum allen Ermahnungen unzugänglich war. Im Interesse des Publikums selbst liegt es, seine Neugierde zu zügeln und sich dadurch vor unliebsamen Weiterungen zu bewahren."

•

Die Gewerkschaften gegen einen Sympathiestreik

Da verschiedentlich der Verdacht aufgetaucht ist, daß die Plünderung des Kaffeehauses Felsche von den Erwerbslosen organisiert worden sei, und daß am Mittwoch der Generalstreik proklamiert werde, hat sich unser er-Mitarbeiter mit den hiesigen Gewerkschaften in Verbindung gesetzt, um ihre Meinung hierüber zu hören. Von dem Vertreter der christlichen Gewerkschaft wurde ihm u. a. erklärt:

„Die christlich-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind der Meinung, daß ein Stillegen des Verkehrs und des Wirtschaftslebens eine zu große Gefahr für den Volkskörper bedeutet, und daß den Arbeitslosen mit einer solchen Maßnahme wenig oder gar nicht gedient sein kann. Viel besser ist es, wenn die Arbeitenden die Erwerbslosen durch Abgabe eines Prozentsatzes vom Arbeitsverdienst unterstützen."

In ähnlicher Weise äußerte sich auch das Gewerkschaftskartell der sozialistisch organisierten Arbeiter. Es ist wie der Polizeipräsident der Ansicht, daß die Demonstration der Arbeitslosen und vor allem die damit verbundenen Ausschreitungen auf Aufreizungen rechts- und linksradikaler Kreise zurückzuführen seien, die seitens der organisierten Arbeiter keine Unterstützung finden. Weiter wurde uns gesagt: „Allerdings werden am Mittwoch abend Demonstrationszüge stattfinden. Sie richten sich aber in erster Linie gegen die Ruhrbesetzung und das unmögliche Angebot der Industrie. In zweiter Linie erst werden sich die Versammlungen, die in Schloß Drachenfels, im Deutschen Haus, in Metzschkers Festsälen, im Albertgarten und im Volkshaus abgehalten werden, auch mit den Forderungen der Erwerbslosen beschäftigen."

Das Gewerkschaftskartell teilt ferner mit, daß

der Führer der Demonstration

am Montag der frühere Schuhmachermeister Helbig gewesen sei. Er ist Mitglied der KPD. und hat schon während des Kapp-Putsches eine gewisse, wenn auch nicht gerade ehrenvolle Rolle gespielt. Wie uns versichert wurde, war er einer der ersten, der die aufgeputschten Genossen im Stich ließ, das Gewehr wegwarf und seine Haut in einem Kohlenkeller in Sicherheit brachte.

„Eins steht fest," so sagte uns der Vertreter des Gewerkschaftskartells, „die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden sich nicht aufputschen lassen." Die für Mittwoch angesetzten Versammlungen und Demonstrationsumzüge, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, werden in aller Ruhe verlaufen. Ein ganzes Heer von Funktionären wird aufgeboten, die Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Weitere Meldungen siehe S. 3.

Der neue Standpunkt der Reichsregierung

Die Garantiefrage Hauptsache — Periodische Regelung der Zahl

Berlin, 5. Juni. (Eig. Tel.) Die bisherigen Mitteilungen über die Grundzüge des neuen deutschen Angebotes bestätigen sich. Besonderes Gewicht wird die Reichsregierung auf die Beseitigung des Angriffspunktes legen, den die erste Note besonders bei Franzosen und Belgiern gefunden hat: auf die Garantiefrage. Hier wird die Note eingehend neue Vorschläge bringen, wobei von dem Gedanken ausgegangen werden dürfte, daß die Festsetzung sowohl der Gesamtschuld als auch der Jahresraten durch von Zeit zu Zeit wiederholte Schätzungen durch ein möglichst paritätisch zusammengesetztes internationales Gremium, in dem Deutschland mit vertreten ist, die einzige praktische Möglichkeit zur Verhütung künftiger neuer Meinungsverschiedenheiten, neuer Zahlungsmöglichkeiten und neuer Repressalien sei. Es dürfte also in der Tat auf die Nennung veränderter höherer Zahlen verzichtet und der Vorschlag zur Einsetzung eines Schätzungskomitees nochmals in den Vordergrund gestellt werden.

Was die Garantiefrage anbelangt, so ist das Ergebnis der Verhandlungen mit den Berufsständen über ein freiwilliges Angebot nicht besonders ermutigend gewesen. Die Reichsregierung hat den einfacheren Weg gewählt, von sich aus die künftig den Berufsständen aufzuerlegenden Verpflichtungen zu formulieren. Natürlich ist das auch nicht ohne Einvernehmen mit den Beteiligten, vor allem mit den Parteien, vor sich gegangen.

Die Sozialdemokraten gegen Cuno

Breslau, 5. Juni. (Eig. Tel.) Das Angebot der Industrie und die andauernde Untätigkeit der Reichsregierung hat in der schlesischen Arbeiterschaft eine lebhafte Beunruhigung erregt. Die Massen, die sonst gerade in Breslau fest in der Hand der Organisationen sind, beginnen sich unter dem Eindruck der passiven Haltung der sozialdemokratischen Politik zuschends zu ändern. Unter dem Eindruck der Meldung, daß die Regierung Cuno ihre jetzige Note wieder ohne positive Vorschläge machen will, hat daher die Breslauer Parteiorganisation nunmehr ihre bisherige Haltung geändert und eine Proklamation erlassen, die sie in ihrem Organ, der Breslauer Volkswacht, noch besonders lebhaft unterstreicht. Es heißt darin, daß sich die Sozialdemokratie nicht mehr damit begnügen dürfe, die alleinige Verantwortung für die künftige Note der Reichsregierung dem Bürgertum zu überlassen, sondern daß sie jetzt vielmehr ihren Kampf gegen diese Regierung der vollständigen Kraftlosigkeit gegenüber dem Auslande und den inneren Stabilisierungsgegnern durch eine Gegenaktion auf das äußerste verschärfen müsse. Die Sozialdemokratie habe bisher einen Sturz der Regierung vermeiden wollen, um aus außenpolitischen Gründen nicht eine Kapitulation herbeizuführen, die die Nachfolgeregierung hätte vornehmen müssen. Wenn aber keine Aussicht bestehe, im gegenwärtigen Reichstag die notwendigen Opfer des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte zu erzwingen, dann muß nunmehr die Partei zu dem äußersten politischen Mittel der Volksabstimmung über diese Frage schreiten.

(Diese Ausführungen verdienen insofern besondere Beachtung, als die Breslauer Volkswacht das Organ des Reichspräsidenten Löbe ist. Die Red.)

Eine internationale Reparations-Konferenz

Englische Pläne

London, 6. Juni. (Eig. Tel.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph bestätigt heute morgen, daß Sir Robert Cecil, bevor er am Sonntag die Reise nach Genf angetreten habe, sich mit den wesentlichen Bestimmungen des Sicherungsprojektes von General Spears einverstanden erklärt habe.

Das sehr gut unterrichtete konservative Blatt meldet, daß die Vorschläge des englischen Generals die wichtigste Grundlage eines neuen englischen Garantieangebotes an Frankreich bilden werden, das England wahrscheinlich im Laufe der nächsten Reparationsverhandlungen, wie der Ministerpräsident gestern ankündigte, zu machen beabsichtigt. Der diplomatische Berichterstatter der Daily News beschäftigt sich bereits mit den Aussichten einer interalliierten Reparationskonferenz und der Möglichkeit, diese unter Hinzuziehung Deutschlands zu einer internationalen Konferenz zu gestalten. Der Termin dürfte Ende Juni sein.

Hierzu erhalten wir noch folgende Meldung, die das Vorhandensein derartiger Gedankengänge in London bestätigt:

Da die hartnäckigen Gerüchte über Anwesenheit deutscher Emissäre in London den Anschein von englisch-deutschen Verhandlungen erwecken könnten, hält es der Londoner Korrespondent der Frankfurter Zeitung für angebracht, ausdrücklich festzustellen, daß entsprechende Berichte völlig unzutreffend seien.

Zum Thema der Reparationsfrage selbst bemerkt der Korrespondent, London erstrebe eine neue Beratung des gesamten Komplexes durch eine allgemeine Konferenz. Die englische Regierung erwarte darum von der deutschen Note mindestens, daß sie den Weg zu einer derartigen Konferenz öffne. Komme eine Konferenz tatsächlich zustande, so werde das Londoner Kabinett unzweifelhaft den neuerdings vom Schatzamt revidierten Januarplan zur Grundlage der Verhandlungen zu machen suchen. Die an dem bezeichneten Plan vorgenommenen Aenderungen seien durch die Folgen der Ruheinvasion und die Konvertierung der englischen Schulden bei den Vereinigten Staaten veranlaßt worden, zwei Momente, die laut Daily Telegraph eine leichte Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld gestatten würden. Dieses Blatt betont auch, daß von der englischen Seite die Annuitäten des belgischen Planes als zu hoch bezeichnet würden.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Rom wird ganz offiziös erklärt, Deutschland sei mit allen rückständigen Holzlieferungen an Italien nunmehr nachgekommen, doch mache der Transport Schwierigkeiten, da nach dem Vorgehen der Franzosen in Baden nur noch die Brennerlinie offen sei.